

1 **Die Linke Mecklenburg-Vorpommern**
2 **1. Tagung des 10. Landesparteitages**
3 **30.05.2026, Kongresshalle Schwerin**

D1

4
5
6
7 **Einreicher:** LAG Cuba si

8
9 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10
11 **Wir fordern:**

- 12 1. Die sofortige Beendigung der US-Blockade gegen Kuba, einschließlich
13 der Öl- Blockade, die Streichung Kubas von der Liste der sogenannten
14 „terrorunterstützenden Staaten“.
- 15 2. Die klare Verurteilung der US-Amerikanischen Kuba-Politik als
16 völkerrechtswidrig und den entschiedenen Widerstand der
17 Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union gegen die US-
18 Blockade
- 19 3. Die Ablehnung jeder militärischen Drohung gegen Kuba sowie für eine
20 aktive Rolle der Bundesrepublik Deutschland für Dialog und eine
21 friedliche Lösung auf Grundlage des Völkerrechts.
- 22 4. Die humanitäre und materielle Unterstützung für Kuba, insbesondere in
23 den Bereichen Energieversorgung, Ernährungssouveränität und
24 Gesundheit sowie den Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen
25 und politischen Zusammenarbeit, in Bereichen wie erneuerbare
26 Energien, Gesundheit und Bildung.
- 27 5. Die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für Investitionen
28 deutscher Unternehmen in Kuba. Besondere Bedeutung kommt hierbei
29 unserem Bundesland zu, in der Die Linke in Regierungsverantwortung
30 ist.

31
32 **Begründung:**

33 Die gegen Kuba gerichtete Politik der USA zielt darauf ab, die
34 Lebensgrundlagen eines ganzen Volkes zu zerstören, um einen
35 Systemwechsel herbeizuführen. Dieses Ziel hat die US-Regierung bereits
36 kurz nach dem Sieg der kubanischen Revolution formuliert:
37 „Enttäuschung und Entmutigung durch wirtschaftliche Unzufriedenheit und
38 Not zu provozieren (...) das Wirtschaftsleben zu schwächen, indem Kuba
39 Geld und Lieferungen verweigert werden, und somit die Nominal- und
40 Reallöhne zu senken, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung
41 herbeizuführen“. (US-Unterstaatssekretär Lester Mallory, 6. April 1960)
42 Was derzeit geschieht, ist der Versuch, ein Land systematisch
43 wirtschaftlich zu ersticken. Die USA unterbinden gezielt Öl- und
44 Treibstofflieferungen nach Kuba und bedrohen Drittstaaten mit Sanktionen
45 und Strafzöllen, wenn sie Kuba beliefern. Diese Maßnahmen sind Teil einer
46 seit 64 Jahren bestehenden Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade,
47 die Kuba vom internationalen Zahlungsverkehr ausschließt, Investitionen
48 behindert und den Zugang zu lebenswichtigen Gütern systematisch
49 erschwert.
50 Die Eskalation durch die Energieblockade nimmt bewusst eine humanitäre

51 Krise in Kauf, die alle Lebensbereiche betrifft: Strom- und
52 Wasserversorgung, Ernährung, Transport, Bildung und Gesundheitswesen.
53 Betriebe, Schulen und Universitäten können nur eingeschränkt arbeiten; in
54 den Krankenhäusern warten Tausende auf notwendige Operationen. Das
55 öffentliche Leben kommt zum Erliegen. Wer ein Land von der
56 Energiezufuhr abschneidet, nimmt bewusst in Kauf, dass Menschen leiden
57 und sterben.

58 Der de facto Ölboycott wird von einer aggressiven Drohpolitik begleitet.
59 US-Präsident Donald Trump erklärte am 1. Mai erneut, Kuba mit
60 militärischer Gewalt „zu übernehmen“. Zugleich forderte er den Rücktritt
61 des Präsidenten Miguel Díaz-Canel und ließ Maßnahmen gegen kubanische
62 Regierungsvertreter prüfen. Diese Schritte sind Teil einer Strategie, die
63 wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, Informationskrieg und militärische
64 Drohungen umfasst.

65 Damit wird die Souveränität Kubas und anderer Staaten systematisch in
66 Frage gestellt. Die Politik der USA ist völkerrechtswidrig, sie ist staatlich
67 organisierter Terrorismus und erfüllt laut der UN-Völkermordkonvention
68 (1951) die Kriterien eines Genozids.

69 Dieses Unrecht ist Ausdruck eines imperialistischen US-Systems, das sich
70 das Recht anmaßt, seine Interessen weltweit gegenüber jedem Land
71 durchzusetzen, das sich nicht unterordnet und dabei zunehmend auf
72 Erpressung statt Diplomatie sowie auf militärische Eskalation statt auf die
73 Einhaltung des Völkerrechts setzt. Diese Politik knüpft an eine lange
74 Tradition an, die Lateinamerika seit der sogenannten Monroe- Doktrin als
75 eigene Einflusszone betrachtet und Eingriffe in die Souveränität anderer
76 Staaten legitimiert. Die Strategie der USA umfasst diplomatische Isolation,
77 wirtschaftlichen Druck und politische Destabilisierung bis hin zu
78 militärischen Angriffen und wird weltweit dort eingesetzt, wo Länder sich
79 den Interessen der USA entziehen. Ihr Ziel ist es, eine globale
80 Vorherrschaft aufrechtzuerhalten. Das Signal ist eindeutig: Wer sich nicht
81 unterordnet, soll scheitern. Ein jüngstes Beispiel dafür ist Venezuela.
82 Deshalb betrifft dieser Konflikt nicht nur Kuba, sondern alle, die für die
83 Souveränität der Völker und eine gleichberechtigtere Weltordnung
84 eintreten.

85 Kuba steht damit auch an vorderster Stelle im Widerstand gegen diese
86 Form internationaler Machtpolitik. Kuba hat sich als ehemalige Kolonie
87 Spaniens und spätere Neokolonie der Vereinigten Staaten in einem langen
88 Kampf seine Souveränität erkämpft. Die kubanische Revolution beendete
89 die über 400 Jahre währende Geschichte von Abhängigkeit und eröffnete
90 einen eigenen Entwicklungsweg. Trotz des anhaltenden Drucks vonseiten
91 der USA hat Kuba bedeutende soziale Errungenschaften erreicht:
92 weitreichende Gleichberechtigung und freien Zugang zu Gesundheit und
93 Bildung. Kuba teilt diese Fortschritte auch international, insbesondere
94 durch Ärzte-Brigaden und Programme zur Bekämpfung des
95 Analphabetismus. Das steht für einen sozialistischen Entwicklungsweg, der
96 den Menschen über den Profit stellt und zeigt, dass Alternativen zum
97 kapitalistischen System möglich sind.

98 Heute wächst der internationale Widerstand. Länder wie Brasilien, Mexiko
99 und Spanien setzen auf Zusammenarbeit, Diplomatie, Dialog und stellen
100 sich aktiv gegen die Blockade.

101 Während immer mehr Staaten diesen Weg gehen, bleibt die Politik der
 102 deutschen Bundesregierung beschämend. Statt sich der
 103 völkerrechtswidrigen Sanktionspolitik der USA entgegenzustellen, verharrt
 104 die Bundesregierung in Passivität und duldet faktisch das US-
 105 Sanktionsregime.
 106 Internationale Solidarität ist deshalb keine moralische Geste, sondern eine
 107 politische Notwendigkeit. Sie steht im direkten Gegensatz zu einer
 108 Weltordnung, in der sich das Recht des Stärkeren durchsetzt. Die „Zone
 109 des Friedens“ Lateinamerikas und der Karibik zeigt, dass internationale
 110 Beziehungen auch ohne Zwang und Gewalt möglich sind. Solidarität mit
 111 Kuba ist deshalb auch Solidarität mit allen, die für die Souveränität der
 112 Völker und für eine gerechtere Weltordnung eintreten.
 113 Unsere entschiedene Antwort: Wir zeigen Haltung und organisieren
 114 Solidarität. Wir greifen ein und tragen dazu bei, diese Politik zu
 115 überwinden. Die Verteidigung von Würde, Selbstbestimmung und der
 116 Möglichkeit des Aufbaus einer gerechten Gesellschaft ist eine Grundfrage
 117 unserer Zeit. Deshalb sagen wir klar: Ein Angriff auf Kuba ist ein Angriff auf
 118 alle, die sich nicht unterwerfen wollen.

119
 120
 121
 122
 123
 124
 125
 126
 127
 128

129 Abstimmungsergebnis:

Ohne Veränderungen	Mit Veränderungen	Für	Gegen	Enthaltung

130